

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die
Sitzung des Deutschen Bundestages
am Dienstag, dem 23. Januar 1968
Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 26. Januar 1968

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

- | | |
|---|---|
| 1. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Wuppertal) | Wie ist es zu rechtfertigen, daß am Sonntag, dem 14. Januar 1968, vormittags um 10.00 Uhr über den telefonischen Wetterauskunftsdienst der Deutschen Bundespost ein Straßenzustandsbericht mitgeteilt wurde, der dem Straßenzustand vom Vortage, Samstag, dem 13. Januar 1968, 14.00 Uhr entsprach, obwohl in der Nacht vom Samstag zum Sonntag ein Wetterumschwung erfolgte, der für den gesamten Verkehr laut Polizeibericht katastrophale Auswirkungen mit sich brachte? |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

- | | |
|--------------------------------|--|
| 2. Abgeordneter
Jung | Hält die Bundesregierung die Bestimmungen des § 72 Abs. 5 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes für bewährt und bewahrenswert, wonach die Kostenmiete vom Bauherrn beispielsweise bei Erhöhung der Zinssätze für die Sparkassenhypothesen entsprechend angehoben werden kann, ohne daß sich die einmal erhöhte Kostenmiete wieder vermindert, wenn sich die laufenden Aufwendungen ermäßigen? |
| 3. Abgeordneter
Jung | Ist die Bundesregierung bereit, eine fördernde gesetzliche Regelung (z. B. Steuervergünstigungen, Zuschüsse) beim Tiefgaragenbau in neuen Siedlungen in Erwägung zu ziehen, damit die Planung und Errichtung solcher in den Generalverkehrsplänen vielfach vorgesehener unterirdischer Einstellplätze anstelle der bisherigen platzraubenden Garagenbauten künftig nicht mehr in dem Maße wie bisher an der Kostenfrage scheitert? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter **Wilhelm** Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Gleichbehandlung aller Bundesbeamten sicherzustellen, die Dienst zu ungünstigen Zeiten leisten müssen?
5. Abgeordneter **Picard** Trifft es zu, daß AStA und SDS an der Mainzer Universität eine Ausstellung von Material des „Friedensrates“ in Ost-Berlin veranstaltet haben, in dem der Bundespräsident dadurch verunglimpft wird, daß seine angebliche politische Vergangenheit behandelt wird?
6. Abgeordneter **Picard** Auf welche Weise wird die Bundesregierung — falls die Frage 5 bejaht wird —, gegen diese und vielleicht auch zukünftig zu erwartende Verunglimpfungen des Bundespräsidenten einschreiten?
7. Abgeordnete **Frau Meermann** Trifft es zu, daß bei gleicher Ausgangsbasis männliche Angestellte bei den Bundesbehörden schneller aufsteigen als weibliche?
8. Abgeordnete **Frau Meermann** Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung zu erreichen, daß die künftige Besetzung von Aufstiegsstellen besser dem Verhältnis der beschäftigten Frauen und Männer entspricht?
9. Abgeordnete **Frau Meermann** Wird bei den Bundesbehörden darauf hingewirkt, daß männliche Angestellte ihre Schreibarbeiten selbst erledigen?
10. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)** Welche Vorkehrungen sind getroffen, daß die Bundesbehörden während der **Wochenenden** bei starken Schneefällen und Vereisungen ihrer Streu- und Räumpflicht ebenso nachkommen, wie es für jeden Bundesbürger hinsichtlich seines Privatbesitzes Pflicht ist?
11. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)** Ist sichergestellt, daß an **Wochenenden** im Falle des Eintretens von Naturkatastrophen bei den zuständigen Bundesbehörden ein Notdienst sofort einsatzbereit ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

12. Abgeordneter **Dr. Imle** Wie hoch ist nach Auffassung der Bundesregierung der Unterschied der von den internationalen Mineralölgesellschaften den deutschen Tochtergesellschaften für geliefertes Rohöl in Rechnung gestellte Preis gegenüber den Preisen für freigekauft Rohöl — bezogen auf gleichartige Qualität?

13. Abgeordneter
Dr. Imle Wie hoch würden sich schätzungsweise die Gewinne der deutschen Mineralölgesellschaften bei normalen Frachten belaufen, wenn unter Zugrundelegung des auf Grund der Frage 12 sich ergebenden Unterschiedsbetrags die Gewinne in der Bundesrepublik Deutschland anfallen würden?
14. Abgeordneter
**Dr. Müller
(München)** Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Mehrwertsteuer bei Sozialrentnern, die in privaten Altersheimen wohnen, unzumutbare Mehrbelastungen gebracht hat?
15. Abgeordneter
**Fritsch
(Deggendorf)** Welches ist der gegenwärtige Stand der geplanten Errichtung eines deutsch-österreichischen Gemeinschaftszollamtes an der vorgesehenen Innbrücke bei Neuhaus-Schärding?
16. Abgeordneter
Dr. Schober Ist dem Bundesfinanzminister bekannt, daß trotz wiederholter Beanstandungen seitens der interessierten Öffentlichkeit immer noch ein recht langer Zeitraum zwischen der Verkündung und der Veröffentlichung von Urteilen des Bundesfinanzhofes verstreicht?
17. Abgeordneter
Dr. Schober Sieht der Bundesfinanzminister eine Möglichkeit, den in Frage 16 erwähnten Zeitraum abzukürzen?
18. Abgeordneter
**Schmidt
(Kempten)** Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob es den Tatsachen entspricht, daß sich beim obersten bayerischen Rechnungshof ein auf eingehende Quellenunterlagen sich abstützendes Gutachten befindet, daß den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals als volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich untragbares Unternehmen erscheinen läßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

19. Abgeordneter
**Dr. Müller
(München)** Beabsichtigt die Bundesregierung — ähnlich wie die Regierung der USA — eine Untersuchung über unverantwortliche Gewinnspannen bei der Arzneimittelproduktion und dem Arzneimittelverkauf durchzuführen?
20. Abgeordneter
Geldner Teilt die Bundesregierung die Sorge, daß die Pfundabwertung und die gleichzeitige Einführung der Mehrwertsteuer auf der anderen Seite für das deutsche Fremdenverkehrsgewerbe insofern Schwierigkeiten bereiten kann, als dadurch z. B. Dänemark und Spanien zu Lasten der deutschen Erholungsgebiete als Reiseländer einen neuen Auftrieb erhalten?

21. Abgeordneter **Geldner** Wie beurteilt die Bundesregierung für ihre eigenen Erwägungen über den Fremdenverkehr auch als Devisenbringer die Vorschläge des italienischen Fremdenverkehrsministeriums, das touristische Dienstleistungsgewerbe fiskalisch mit der Exportwirtschaft gleichzustellen?
22. Abgeordneter **Dr. Pohle** Hat die Bundesregierung inzwischen ein klares Bild darüber gewonnen, in welchem Umfange die Einführung der Mehrwertsteuer von Betrieben der verschiedenen Branchen, vor allem auch des Einzelhandels und des Dienstleistungsgewerbes einschließlich der öffentlichen Verkehrsbetriebe, zu Preistreibereien mißbraucht wird?
23. Abgeordneter **Dr. Pohle** Welche Möglichkeiten der Abhilfe von ungerechtfertigten Preiserhöhungen sieht die Bundesregierung im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft für gegeben an, wenn sich die bisherigen Appelle an die Preisdisziplin bei den beteiligten Branchen oder einem Teil dieser Branchen als unwirksam erweisen sollten?
24. Abgeordneter **Dr. Staratzke** Ist es die Auffassung der Bundesregierung, daß trotz der staatlichen Investitionsprogramme die private Investitionstätigkeit noch nicht so angeregt worden ist, daß bereits von einem Konjunkturaufschwung auf breiter Basis gesprochen werden kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

25. Abgeordneter **Walter** Ist der Bundesregierung bekannt, daß als Folge der Mehrwertsteuer die bäuerlichen Betriebe in der Veredlung, insbesondere in der Schweine- und Legehennenhaltung gegenüber den gewerblichen Betrieben mit 4% benachteiligt und somit in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt werden?
26. Abgeordneter **Walter** Ist die in Frage 25 aufgezeigte Entwicklung von der Bundesregierung vorausgesehen worden?
27. Abgeordneter **Walter** Ist die Bundesregierung bereit, Vorschläge zu einer Korrektur der in Frage 25 erwähnten Wettbewerbsverzerrung zu machen, um dadurch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der bäuerlichen Veredelungsbetriebe zu erreichen?

28. Abgeordneter
Dr. Czaja
- Ist die Bundesregierung bereit, durch ihre eigene Initiative oder Unterstützung anderer Initiativen an der Ausarbeitung von Plänen mitzuwirken, die in verstärktem aber sinnvollem Maß den Einsatz von Überschüssen an Lebensmitteln und an Ernteerträgen zum Kampf gegen den Hunger in der Welt ermöglichen und zur Überwindung der Schwierigkeiten beitragen, die dieser Absicht wegen der Aufkauf- und Transportkosten sowie der Aufbereitung solcher Überschüsse zur sinnvollen Verwendung in Hungergebieten derzeit noch gegenüberstehen?
29. Abgeordneter
Dr. Czaja
- Ist die Bundesregierung bereit, Überschüsse an Lebensmitteln und an Ernteerträgen, deren Vernichtung, Denaturierung oder Veräußerung mit erheblichen Verlusten droht, in Gebiete mit Hungersnot nach zweckmäßiger Aufbereitung in Form unmittelbarer deutscher Hilfen für die Bekämpfung des Hungers in der Welt oder im Rahmen einer internationalen Nahrungshilfe zu leiten?
30. Abgeordneter
Ertl
- Trifft es zu, daß der Bundesernährungsminister einen Krisenplan für die deutsche Landwirtschaft ausarbeiten läßt?
31. Abgeordneter
Ertl
- Welche Maßnahmen sollen im Rahmen des in Frage 30 erwähnten Planes getroffen werden?
32. Abgeordneter
Peters
(Poppenbüll)
- Glaubt die Bundesregierung, in absehbarer Zeit Mittel für einen Krisenplan für die deutsche Landwirtschaft bereitstellen zu können?
33. Abgeordneter
Peters
(Poppenbüll)
- Wann ist nach Ansicht der Bundesregierung mit dem Anlaufen von Maßnahmen eines solchen in Frage 32 erwähnten Krisenplanes zu rechnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

34. Abgeordneter
Picard
- Wie steht die Bundesregierung zu der von verschiedenen Seiten, besonders von Verbrauchern, immer wieder erhobenen Forderung, wenigstens an einigen Tagen in der Woche den Abendeinkauf zu ermöglichen?
35. Abgeordneter
Riegel
(Göppingen)
- Ich frage die Bundesregierung, ob Schwierigkeiten für das Zustandekommen eines deutsch-kanadischen Sozialversicherungsabkommens aufgetreten sind?
36. Abgeordneter
Geldner
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Cash- und Carry-Läden Verkaufsstellen im Sinne des Ladenschlußgesetzes sind?

37. Abgeordneter
**Schmidt
(Kempten)**
- Kann die Bundesregierung eine Erklärung für die vom Chefpräsidenten des Bundesarbeitsgerichtes, Professor Gerhard Müller, vor wenigen Tagen geäußerte Meinung abgeben, daß durch die im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Finanzänderungsgesetzes zum 1. Januar 1968 beschlossene Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung bereits 1967 eine Prozeßwelle zu befürchten sei?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

38. Abgeordneter
**Schmitt-
Vockenhausen**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß mehrere Randgemeinden des NATO-Flugplatzes Hahn (Hunsrück) seit Jahren auf die Erstattung durch den Bund der von ihnen für Folgemaßnahmen aufgewendeten erheblichen Finanzmittel warten?
39. Abgeordneter
**Schmitt-
Vockenhausen**
- Welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung, um die Forderungen der in Frage 38 erwähnten Gemeinden zu erfüllen?
40. Abgeordneter
**Dr. Schulze-
Vorberg**
- Wie beurteilt die Bundesregierung offiziöse Meldungen, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika entschlossen sind, umfangreiche Raketenabwehrsysteme aufzubauen?
41. Abgeordneter
**Dr. Schulze-
Vorberg**
- Welche Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung für die Sicherheit Westeuropas aus dem Aufbau der Raketenabwehrsysteme durch die beiden Weltmächte?
42. Abgeordneter
**Dr. Schulze-
Vorberg**
- Ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung eine eindeutige wissenschaftlich-militärische Unterscheidung zwischen atomaren Angriffs- und reinen Verteidigungswaffen heute schon möglich?
43. Abgeordneter
Porsch
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um zu verhindern, daß in Zukunft weiterhin Munition außerhalb des Bombenabwurfplatzes in Siegenburg im Staatsforst niedergeht und dort die Bevölkerung gefährdet?
44. Abgeordneter
Dr. Pohle
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung auf die von dem Inspekteur der Bundesmarine kürzlich im Fernsehen ausgesprochene Feststellung zu unternehmen, daß es der Bundesmarine an Waffen und Ausrüstungen fehle, um den von der NATO erteilten Verteidigungsauftrag im Ernstfall voll zu erfüllen?

45. Abgeordneter
Schultz
(Gau-
Bischofsheim) Gehört es zu den Aufgaben des Militärischen
Abschirmdienstes, politische Entwicklungen in-
nerhalb der deutschen Universitäten zu beob-
achten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

46. Abgeordneter
Jung Welche Empfehlungen für das Verhalten von
Fußgängern und Kraftfahrern an Fußgänger-
überwegen im Winter kann die Bundesregie-
rung geben?
47. Abgeordneter
Dr. Imle Wie beurteilt die Bundesregierung den Vor-
schlag, aus Gründen der Verkehrssicherheit
am Fuß von Glatteis-Warnschildern eine Vor-
richtung anzubringen, die beim Absinken der
Temperatur und damit auftretender Gefahr
von Glatteisbildung das Schild selbst auf-
leuchten läßt?
48. Abgeordneter
Graaff Worauf ist es nach Ansicht der Bundesregie-
rung zurückzuführen, daß im Jahre 1967 die
Zahl der Verkehrstoten um 600 auf rund
17 500 gestiegen ist, während aus Großbritan-
nien, den USA, Schweden und anderen Län-
dern ein Rückgang der tödlichen Verkehrsun-
fälle gemeldet wird?
49. Abgeordneter
Graaff Wie beurteilt die Bundesregierung die Frage
einer Mindestgeschwindigkeit auf Autobahnen
und sogenannten Schnellstraßen, wie sie jetzt
in Belgien vorgesehen ist?
50. Abgeordneter
Graaff Welche Rückschlüsse auf die angestrebte Ver-
einheitlichung der Straßenverkehrsordnungen
in Europa läßt die bevorstehende Reform der
diesbezüglichen belgischen Vorschriften zu?
51. Abgeordneter
Dr. Enders Ist die Bundesregierung bereit, folgende be-
rührigte Gefahrenstellen auf der Bundes-
straße 27 zwischen Hünfeld und Bad Hersfeld
zu beseitigen:

die sogenannte Todeskurve nördlich von Ro-
thenkirchen, in der sich kürzlich wieder schwe-
re Verkehrsunfälle mit einem Todesopfer er-
eigneten,

die Einmündung der Ausfahrt der Bundes-
grenzschutzunterkunft Bad Hersfeld in die
B 27, die keine Einordnungsmöglichkeit für
Abbieger bietet und nur geringe Übersicht
besitzt,

der ungesicherte Straßenrand entlang der B 27
südlich von Bad Hersfeld, den Angehörige
und Bedienstete des Bundesgrenzschutzes so-
wie deren Familienangehörige als Fußweg von
der Kaserne zur Stadt und zurück benutzen
müssen?

52. Abgeordneter
Dr. Kliesing
(Honnef) Wie weit sind die Vorbereitungen für den Bau der Südbrücke in Bonn inzwischen gediehen?
53. Abgeordneter
Dr. Kliesing
(Honnef) Wann beginnt der Bau der EB 42 im Bereich des Amtes Oberkassel?
54. Abgeordneter
Dr. Müller
(München) Entspricht es den Tatsachen, daß die Beschleunigung von F-Zügen der Deutschen Bundesbahn daran scheitert, daß das Bundesverkehrsministerium die Grenze der Höchstgeschwindigkeit nicht erhöhen will?
55. Abgeordneter
Fritsch
(Deggendorf) Ist das Raumordnungsverfahren für den Bau der Bundesautobahn Regensburg—Passau abgeschlossen?
56. Abgeordneter
Unertl Trifft es zu, daß die Bundesbahnstrecken zwischen Freyung und Waldkirchen sowie zwischen Waldkirchen und Kalteneck stillgelegt werden sollen?
57. Abgeordneter
Unertl Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Falle einer Stilllegung der in Frage 56 erwähnten Strecken mehrmals im Jahr die Kettenfahrzeuge der in Freyung stationierten Bundeswehreinheit über die Straße zum Übungsort transportiert werden müßten und dadurch schwere Straßenschäden entstehen und eine vor wenigen Jahren auf dem Bahnhof Freyung für rund 110 000 DM errichtete Wendeplatte wertlos werden würde?
58. Abgeordneter
Unertl Wie vereinbart sich eine solche in Frage 56 erwähnte Stilllegung dieser Bahnstrecken mit den geplanten Strukturverbesserungen im Grenzgebiet und ist damit nicht die vorgesehene und notwendige Ansiedlung von neuen Betrieben und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze überhaupt unmöglich gemacht?
59. Abgeordnete
Frau Griesinger Hat die Bundesregierung die Absicht, die Änderung des § 53 a StVZO in Übereinstimmung mit dem Entwurf des neuen Weltabkommens über den Straßenverkehr vorzunehmen?
60. Abgeordnete
Frau Griesinger Ist der Bundesregierung bekannt, daß unter Berücksichtigung dieses Tatbestandes und aus Gründen der Verkehrssicherung Warnblinkanlagen mit der Schaltung gelb-dunkel anderen Blinkleuchten, z. B. gelb-rot, vorzuziehen sind?
61. Abgeordnete
Frau Griesinger Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, daß die Warnblinkanlagen gelb-dunkel baldmöglichst verbindlich eingeführt werden können?

62. Abgeordneter
Strohmayer Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die sogenannte Trennwandverordnung für Taxen und Mietwagen so geändert werden sollte, daß ein generelles Verbot für die Benutzung der Beifahrersitze in Taxen und Mietwagen ausgesprochen wird?
63. Abgeordneter
Strohmayer Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesverbandes des Mietwagengewerbes, daß die derzeitige Trennwandverordnung unvollkommen ist, solange auf Beifahrersitzen Fahrgäste Platz nehmen dürfen?
64. Abgeordneter
Kohlberger Ist es möglich, daß die für Rentner über 65 Jahre eingeführte verbilligte (50%) Fahrkarte der Deutschen Bundesbahn auch an erwerbsunfähige Frührentner ausgegeben wird, wenn die Erwerbsunfähigkeit nachgewiesen ist?
65. Abgeordneter
**Schmidt
(Kempten)** Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus der Tatsache zu ziehen, daß bei dem Anfang Januar auf dem Flugfeld des Flugplatzes Hamburg-Fuhlsbüttel durch den im letzten Moment verhinderten Zusammenstoß zweier landender bzw. startender Maschinen deutlich wurde, daß das augenblickliche Flugsicherungssystem der Entwicklung und Ausweitung der zivilen Luftfahrt in keiner Weise mehr gerecht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

66. Abgeordneter
Dr. Wuermeling Ist die Bundesregierung, nachdem alle ihre im Rahmen des Finanzplanungsgesetzes 1967 geforderten Kürzungen von Familienausgleichsmaßnahmen (Kindergeld, Wohngeld, Familienzusatzdarlehen) vom Bundestag einmütig abgelehnt worden sind, zu der Zusicherung bereit, im Sinne dieser Haltung des Bundestages künftig von weiteren derartigen Kürzungsversuchen abzusehen?
67. Abgeordneter
Dr. Wuermeling Steht die Bundesregierung vollinhaltlich zu der vom Bundeskanzler am 20. Januar 1967 vor dem Bundestag gegebenen Zusicherung, derzufolge der Wegfall der Ausbildungszulagen des Kindergeldgesetzes „künftig wettgemacht werden (soll) im Rahmen einer Reform des Familienlastenausgleichs, eingebettet in eine mittelfristige Finanzplanung“?
68. Abgeordneter
Dr. Wuermeling Wie oft ist der vom Bundeskabinett am 29. November 1967 gebildete Kabinettsausschuß zur Vorbereitung der Reform des Familienlastenausgleichs bisher zusammengetreten?

Bonn, den 18. Januar 1968